

Lehre und Forschung

Manuel Becker und Stefan Müller

Die Politikwissenschaft in Deutschland jenseits traditioneller universitärer Strukturen

Kurzfassung

In den vergangenen Jahren haben sich politikwissenschaftliche Lehr- und/oder Forschungsinstitutionen in der Bundesrepublik Deutschland zu einem immer komplexer und heterogener gewordenen Beziehungsgeflecht entwickelt. Aufgrund von Finanzkürzungen und den Folgen von Hochschulreformen scheint die Politikwissenschaft mehr denn je auf außeruniversitäre und drittmittelbasierte Finanzquellen angewiesen zu sein, die wiederum neue institutionelle Strukturen evozieren. Vor dem Hintergrund umfangreicher Recherchen wird ein Vorschlag zur Typologisierung der verschiedenen Einrichtungen entwickelt, worin bisher noch ein Forschungsdesiderat bestand. Darüber hinaus werden die Chancen und Risiken, die sich aus den gewandelten institutionellen Rahmenbedingungen für die Politikwissenschaft als akademischer Disziplin in der deutschen Hochschullandschaft ergeben, erörtert und problematisiert. Die Politikwissenschaft wird sich in den kommenden Jahrzehnten einem immer größeren Rechtfertigungsdruck ausgesetzt sehen. Angesichts der erodierenden Grundfinanzierung an den Universitäten erscheint ein Rückzug in den elfenbeinernen Turm und das Verzetteln in immer spezielleren Nischenthemen als Gefahr für die Zukunft des Faches. Vielmehr sollten Politikwissenschaftler auch in Zukunft aktuelle politische Prozesse mit der eigenen Expertise begleiten und Grundsatzdiskussionen anstoßen.

1. Einleitung

Die deutsche Hochschullandschaft unterliegt seit einiger Zeit tief greifenden Transformationsprozessen. Im Rahmen des sogenannten „Bologna-Prozesses“ wurden in den 2000er Jahren die klassischen Diplom- und Magisterstudiengänge sukzessive durch eine gestufte Studienstruktur im Bachelor-/Mastersystem ersetzt. Diese grundlegende Änderung bildete nur den Auftakt für eine ganze Reihe von einschneidenden Reformmaßnahmen: Einerseits erhielten die Universitäten eine größere Autonomie. Die Föderalismusreform veränderte die hochschulpolitischen Beziehungen zwischen Bund und Ländern, und die Förderung von extern finanzierten Projekten und „Exzellenzclustern“ nahm zu. Andererseits kam es zu Einsparmaßnahmen in der sogenannten Grundfinanzierung: „Die Zeit, in der sich die deutsche Hochschulwelt fast ausschließlich aus öffentlich finanzierten Universitäten und Fachhochschulen zusammensetzte, ist vorbei“ (Römmele/Staemmler 2012: 287). Auch die Politikwissenschaft ist von diesen Veränderungen betroffen. Für sie gilt, was auch auf andere Geistes- und Gesellschaftswissenschaften zutrifft: Lehrstühle und ganze Institute drohen, dem finanzpolitischen Rotstift zum Opfer zu fallen. Um der erodierenden Grundfinanzierung an staatlichen Universitäten entgegen zu treten, entwickelte sich in den vergangenen Jahren eine stattliche Anzahl an institutionellen Alternativen, in denen sich politikwissenschaftliche Forschung und Lehre jenseits traditioneller universitärer Strukturen organisiert. Auch wenn Promotionskollegs, An-Institute, Kooperationen mit der Privatwirtschaft etc. als außeruniversitäre Institutionen oftmals mit den Universitäten kooperieren, so scheint sich ein zweispuriges Modell in der deutschen Hochschullandschaft zu etablieren. Zentrale Grundsatzfragen, vor denen das gesamte Hochschulsystem steht, stellen sich für die deutsche Politikwissenschaft in besonderer Schärfe: Wird das Fach anwendungsorientierter gestaltet oder sollte es sich auf die Grundlagenforschung konzentrieren? Wie groß soll und darf der Bezug zur politischen Praxis sein? Wie hoch ist die Gefahr einzuschätzen, dass wissenschaftliche Unabhängigkeit durch (privat-)wirtschaftliche Abhängigkeiten beeinträchtigt wird?

Die Literatur zur Standortbestimmung der Politikwissenschaft ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich angewachsen. Sowohl zur Entwicklungsgeschichte des Faches¹ als auch zur Bestandsaufnahme² liegen einschlägige Publikationen

1 Siehe Bleek 2001, Hartmann 2003, Jesse/Liebold 2014.

2 Etwa bei Gerlach u. a. 2011 oder Mols 2008.

vor. Auch der Situation von akademisch Beschäftigten³ sowie dem Wandel der Hochschullandschaft⁴ wird seit einigen Jahren verstärkt Aufmerksamkeit geschenkt.

Eine dezidierte Bestandsaufnahme alternativer Institutionen, die neben der etablierten universitären Politikwissenschaft zunehmend an Bedeutung gewinnen, stellt bisher noch ein Forschungsdesiderat dar, das mit der vorliegenden Untersuchung zumindest verkleinert werden soll. Auf der Grundlage eigener Recherchen (Stand: 31. Dezember 2014) wird eine Typologie der unterschiedlichen Forschungs- und/oder Lehreinrichtungen jenseits der traditionellen universitären Institutionalisierung erarbeitet (2). Die Chancen und Risiken dieser institutionellen Alternativstrukturen werden im abschließenden Fazit erörtert (3).

2. Typologie wissenschaftlicher Forschungs- und/oder Lehreinrichtungen

Zur Erarbeitung der hier angestrebten Typologie wissenschaftlicher Forschungs- und/oder Lehreinrichtungen lieferten Publikationen des Wissenschaftsrates (2010), der Stiftung Mercator (2012) sowie die Monografie von Martin Schulte (2013) nützliche Definitionsansätze für eine erste Annäherung. Dazu wurde zunächst eine Übersicht aller deutschen staatlichen und privaten Universitäten angelegt, an denen das Fach Politikwissenschaft angeboten wird. Mittels des Verfahrens der stetigen Annäherung wurden vorhandene Auflistungen genutzt und mit eigenen Recherchen erweitert beziehungsweise aktualisiert.⁵ Daraufhin wurden die Internetauftritte der verschiedenen Institute sowie der staatlich finanzierten Forschungsstellen konsultiert und nach geförderten Projekten mit politikwissenschaftlichem Bezug gefiltert. In manchen Fällen war nicht eindeutig feststellbar, ob die Einrichtung der Politikwissenschaft oder eher einer anderen Disziplin zugerechnet werden kann. Insbesondere die Abgrenzung zur Rechts-, Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaft gestaltete sich teilweise als problematisch. Wenn die Fachzuordnung nicht eindeutig festzustellen war, wurde anhand des wissenschaftlichen Hintergrunds des Personals und der selbst gesteckten Zielsetzungen überprüft, ob – und wenn ja, in welche Kategorie – die Institutionen aufgenommen werden.

3 Hierzu bspw. Klecha/Krumbein 2008, Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013.

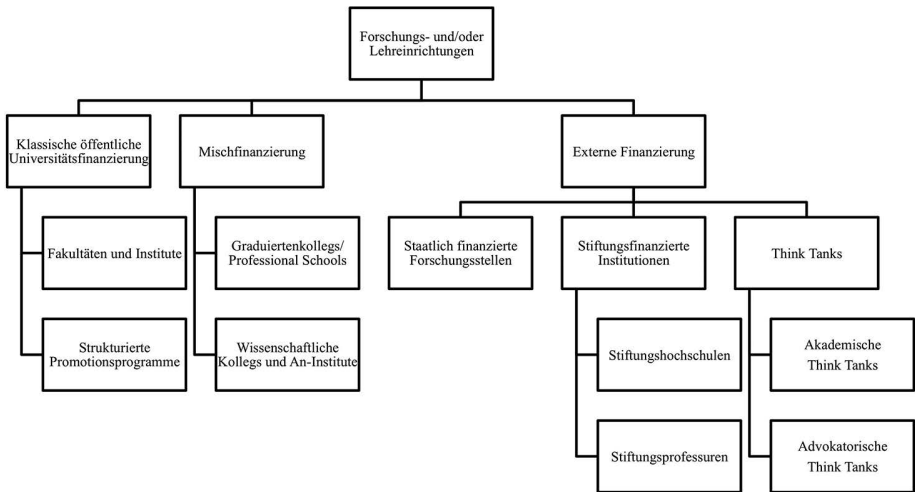
4 Siehe hierzu Kellermann/Boni/Meyer-Renschhausen 2009, Grande u. a. 2013, Ricken/Koller/Keiner 2014.

5 Als (nicht mehr aktuelle und daher unvollständige) Grundlagen dienen Arendes 2005: 266-271, Balzer 2013, Wolf/Wenzelburger 2010: 210-233.

Die Unterscheidung zwischen öffentlicher und privater Finanzierung wurde der Typologie als basale Differenzierung zugrunde gelegt, sodass die verschiedenen Einrichtungen zunächst nach ihrer primären Finanzierungsquelle zu drei Gruppen sortiert wurden: Unter das Label „öffentlich finanzierte Einrichtungen“ (a) fallen all jene Institutionen, die durch Eigenmittel der Hochschulen unterhalten werden, ohne auf externe Geldgeber oder außeruniversitäre Kooperationen zurückzugreifen. Die Kategorie der „Mischfinanzierung“ (b) beinhaltet solche Institutionen, die die Universität in Kooperation mit externen öffentlichen oder privaten Geldgebern finanziert und bei denen ein expliziter Bezug zur Hochschule besteht. In die Gruppe „externe Finanzierung“ (c) wurden staatlich finanzierte Forschungsstellen, stiftungsfinanzierte Institutionen (Privatuniversitäten und Stiftungsprofessuren) sowie wissenschaftliche Think Tanks eingeordnet.⁶

Aus diesen Differenzierungen ergibt sich eine Typologie, die in Abbildung 1 grafisch dargestellt wird:

Abbildung 1: Typologisierung von Forschungs- und/oder Lehrinrichtungen jenseits klassischer universitärer Strukturen



Quelle: Eigene Darstellung.

6 Einige Think Tanks stehen in engem Bezug zu Universitäten, weshalb sie je nach Ausgestaltung den wissenschaftlichen Kollegs/An-Instituten oder Graduiertenkollegs zugeordnet wurden. Advokatorische, interessen- und parteigebundene Denkfabriken werden im Schema aus Gründen der Vollständigkeit zwar aufgeführt, bleiben in der Untersuchung allerdings außen vor, da sie nur marginale Bezüge zur universitären Politikwissenschaft aufweisen.

a) Öffentlich finanzierte Einrichtungen

(1) Universitäre Institute

Politikwissenschaftliche Institute mit einer unmittelbaren Anbindung an die Fakultät einer Universität sind nach wie vor die grundlegende Lehr- und Forschungseinheit des Fachs. Sie übernehmen zentrale Aufgaben in der Forschung, Lehre und Nachwuchsförderung, ohne primär auf eine externe Finanzierung zurückgreifen zu müssen. In Deutschland kann ein Bachelor- und/oder Masterstudium der Politikwissenschaft gegenwärtig an 68 Universitäten als Hauptfach absolviert werden. Darunter befinden sich drei Stiftungsuniversitäten (Hertie School of Governance Berlin, Jacobs University Bremen und die Zepplin Universität Friedrichshafen).⁷

Universitäre Institute leisten einen erheblichen Beitrag zur Nachwuchsförderung. Durch die im Idealfall enge Bindung an den Doktorvater wird die „entstehende ‚Meister-Lehrlings-Konstellation‘ [...] in Deutschland herkömmlicherweise als erster Schritt zur akademischen Laufbahn gesehen“ (Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013: 84). Die Anzahl abgeschlossener politikwissenschaftlicher Dissertationen liegt seit 2006 recht konstant zwischen 215 und 284 pro Jahr (Statistisches Bundesamt 2007-2013).

(2) Strukturierte Promotionsprogramme

Um die Qualität von Promotionen an deutschen Universitäten zu erhöhen und um Doktoranden ein wissenschaftliches Netzwerk anzubieten, wurden in den letzten Jahren vermehrt strukturierte Promotionsmöglichkeiten geschaffen. Die Probleme hinsichtlich der Promotion an Lehrstühlen unter der teilweise isolierten Betreuung durch einen einzigen Doktorvater waren bereits vor einigen Jahren virulent. Die Hochschulrektorenkonferenz (1996) empfahl daher schon vor fast 20 Jahren, „in Anlehnung an das Modell ‚Graduiertenkolleg‘ in den Universitäten ‚Zentren für Doktorandenstudien‘ (‚Doktorandenkollegs‘) einzuführen“. Orientiert am angelsächsischen Modell sollten möglichst interdisziplinäre, fakultätsübergreifende Zentren geschaffen und die Forschungsergebnisse für die Öffentlichkeit präsentiert werden, anstatt sehr spezialisierte Dissertationen zu fördern. Außerdem sollten Workshops ermöglicht, die Aufnahmekriterien transparent gestaltet und eine

7 Axel Balzer (2013: 146 f.) kommt für das Jahr 2005 auf 68 Universitäten, an denen das Fach Politikwissenschaft unterrichtet wurde. Cord Arendes (2005: 146 f.) listet für das Jahr 1999 insgesamt 79 Hochschulen auf, weil er neben staatlichen, kirchlichen und privaten Universitäten auch pädagogische Hochschulen einbezieht.

möglichst internationale Auswahl an Doktoranden angestrebt werden (Wolf/Wenzelburger 2013: 24 f.). Im Jahr 2012 existierten an deutschen Hochschulen insgesamt 273 von Universitäten eigenfinanzierte Doktorandenprogramme. Insgesamt konnten elf strukturierte Promotionsprogramme ermittelt werden, die politikwissenschaftliche Themenfelder beinhalten.⁸

Der tatsächliche Mehrwert dieser Einrichtungen ist umstritten. Obwohl strukturierte Promotionsprogramme auch in der Politikwissenschaft auf dem Vormarsch sind, überwiegen nach wie vor Individualpromotionen nach dem Lehrer-Schüler-Modell. Unter Berücksichtigung aller Fächer (Zahlen ausschließlich für die Politikwissenschaft existieren nicht) kommt eine Doktorarbeit in strukturierten Programmen auf drei „klassische“ Promotionen (Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013: 146 f.).

b) Mischfinanzierte Einrichtungen

(1) Graduiertenkollegs/Professional Schools

Ein recht neues Konzept universitärer Forschungs- und Lehreinrichtungen sind Professional Schools, unter die verschiedene Organisationsformen gefasst werden. Die Stiftung Mercator (2012: 5) definiert Professional Schools als „anwendungsbezogene Kompetenzzentren innerhalb von Hochschulen“, deren Lehrangebot üblicherweise auf „Studierende in der Post-Bachelor-Phase“ zugeschnitten ist. Der Wissenschaftsrat (2010: 43) nennt als Charakteristikum der Professional School, dass sie „auch als selbstständige Institution aus einer Hochschule ausgegliedert“ sein können. Für diese Typologie wird vorausgesetzt, dass die Einrichtung einen Bezug zu einer bestehenden Universität aufweist. Meist geschieht dies durch das Lehrpersonal, das auch an der entsprechenden Universität arbeitet. Professional Schools fehlt – im Gegensatz zu Stiftungsuniversitäten – das Promotionsrecht, weshalb die Verbindung zu einer anerkannten Hochschule für die Doktorandenausbildung unerlässlich ist.

Die Einrichtungen folgen – wie bereits am Namen erkennbar – eindeutig dem britischen und US-amerikanischen Vorbild, wo Schools of Public Policy eine lange Tradition aufweisen. Laut Blätte (2012: 52) gibt es drei Gründe, die dazu führten, dass die Gründung von Graduiertenschulen mit Praxisbezug in Deutschland ausgerechnet zu Beginn des neuen Jahrtausends begann: Erstens hätten die Parteien und die Verwaltung an Einfluss und Macht verloren und integrierten in zunehmendem Maße externe Akteure der Politikberatung. Zweitens habe die Bologna-

8 Graduiertenkollegs und Professional Schools (siehe unten) werden gesondert behandelt.

Reform den neuartigen Einrichtungen ein passendes Gelegenheitsfenster eröffnet. Drittens benötigten alle Professional Schools externe Stifter und Förderer, um das Lehr- und Forschungsangebot langfristig sicherzustellen.

Als Vorreiter der Professional Schools gelten die Willy Brandt School of Public Policy, im Jahr 2002 unter dem Namen Erfurt School of Public Policy gegründet, die NRW School of Governance, gegründet im Jahr 2006 und angegliedert an die Universität Duisburg-Essen, sowie die Humboldt-Viadrina School of Governance Berlin. Die letztgenannte Einrichtung musste jedoch im Jahr 2014 Insolvenz anmelden und verdeutlicht exemplarisch, wie schwer eine mittel- und langfristige Etablierung von privaten Universitätseinrichtungen ist. Extern oder stiftungsfinanzierte Graduiertenkollegs sind eine weitere Organisationsform, die vor allem die Förderung von Doktoranden im Blick haben. Meist verfolgen diese Institutionen kein derart ganzheitliches Konzept wie die Professional Schools, sondern werden in vorhandene Hochschulstrukturen integriert. Im Gegensatz zu strukturierten Promotionsprogrammen, die meist Teil des Instituts oder der Universität sind und mit bescheidenen Budgets Vorlieb nehmen müssen, bieten stiftungsfinanzierte Graduiertenkollegs die Möglichkeit einer stipendienbasierten Förderung. Obwohl die Anzahl der Graduiertenkollegs und Professional Schools im Bereich der Politikwissenschaft in den letzten Jahren angestiegen ist, liegt diese Form der Forschungseinrichtung gegenüber den ausländischen Vorbildern sowohl quantitativ als auch qualitativ deutlich im Rückstand.

(2) Wissenschaftliche Kollegs und An-Institute

Wissenschaftliche Kollegs und An-Institute lassen sich als primär auf Forschung (statt auf Lehre und Doktorandenausbildung) konzentrierte Einrichtungen auffassen, die meist extern finanziert sind und oft rechtlich selbständig agieren. Die Form des An-Instituts ist in einigen Landeshochschulgesetzen festgelegt. Hierbei handelt es sich um eine Institution, die zwar an eine Universität angebunden ist, sich aber durch externe Geldgeber finanziert. Unter der Organisation einer kleinen Verwaltungsabteilung arbeitet an wissenschaftlichen Kollegs häufig Lehrpersonal von Universitäten, das in Forschungsprojekten Studien erstellt oder Vortragsreihen anbietet. Die Intensität der universitären Anbindung variiert bei den angeführten Institutionen sehr stark. Weil Politik und Wissenschaft bisweilen als „getrennte Welten“ erscheinen, versteht sich die angewandte Politikforschung „als Brückenbauer“ zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit, indem sie eine Innovations- und Vermittlungsfunktion übernimmt“ (Glaab/Korte 2012: 25). Die Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) sowie

das Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) in München sind zwei an Universitäten angebundene Institutionen, die laut eigenen Angaben die Distanz zwischen Forschung und praktischer Politik verringern und damit eine Funktion als Brückenbauer übernehmen wollen.

Das inhaltliche Spektrum der Kollegs in Deutschland ist äußerst vielfältig. Einen Schwerpunkt bildet die Forschung über Europa und die europäische Integration, zum Beispiel das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (Bonn), das Institut für Europäische Politik (Berlin), die Forschungsstelle Osteuropa (Bremen), das Europa-Kolleg Hamburg oder das Jean Monnet Centre of Excellence in European Studies (Osnabrück). Auch die Demokratie- und Parteienforschung sind Bestandteile einiger Kollegs (zum Beispiel das Deutsche Institut für Sachmittelbare Demokratie [Dresden], das Institut für Internationales Parteienrecht und Parteienforschung [Düsseldorf] und das Göttinger Institut für Demokratieforschung). Zudem werden die Friedens- und Konfliktforschung sowie einzelne Weltregionen von mehreren Einrichtungen untersucht. Themen der politischen Theorie werden bei Graduiertenkollegs meist vernachlässigt. Dennoch gibt es mit dem Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden (gegründet 1993) und dem Max-Weber-Kolleg in Erfurt (gegründet 1998) zumindest zwei Kollegs, die sich eher demokratietheoretischen Themen widmen.

c) Extern finanzierte Einrichtungen

(1) Staatlich finanzierte Forschungsstellen

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs etablierten sich in den meisten Fächern staatlich geförderte, außeruniversitäre Forschungsstellen. Seit den 1990er Jahren vernetzten sich diese Einrichtungen verstärkt mit deutschen Hochschulen. Die größten staatlich geförderten Forschungsorganisationen sind neben der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) die Helmholtz-Gemeinschaft, die Max-Planck-Gesellschaft, die Fraunhofer-Gesellschaft und die Leibniz-Gemeinschaft. Im Jahr 2011 wurden an deutschen Hochschulen Drittmittel in Höhe von über 5,9 Milliarden Euro eingeworben. Der Anteil der DFG belief sich dabei auf 34,1 Prozent, gefolgt von Bund und Ländern (27,4 Prozent), Wirtschaftsunternehmen (21,1 Prozent), der EU und internationalen Organisationen (10,3 Prozent) sowie Stiftungen (7,1 Prozent) (Frank/Winde 2012: 2). Die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften erhielten 399 Millionen Euro aus Drittmitteln. Zum Vergleich: An erster Stelle lagen Mathematik und Naturwissenschaften mit zusammen 1,8 Milliarden Euro (Statistisches Bundesamt 2014).

Durch die Exzellenzinitiative entstanden verschiedene Graduiertenkollegs, Sonderforschungsbereiche und Exzellenzcluster. In diesen Einrichtungen wird an einer Universität oder bei Kooperationsprojekten an mehreren Hochschulorten zu einem spezifischen Thema geforscht. Die erste Förderungsrunde begann in den Jahren 2006/2007. Die Projekte waren in der Regel zunächst auf fünf Jahre ausgelegt, konnten aber um eine weitere Periode verlängert werden. Über Chancen und Risiken der Exzellenzinitiative wird ausgiebig diskutiert: Während Befürworter die Stärkung des Wissenschaftsstandorts Deutschlands anführen und die spezialisierten Forschungsbereiche loben, kritisieren Gegner, dass nur die ausgewählten zulasten der nicht berücksichtigten Universitäten profitieren (Münch 2011: 247). Seit der zweiten Förderperiode gibt es insgesamt zehn Graduiertenschulen mit politikwissenschaftlichem Hintergrund.⁹ Neben den Projekten der Exzellenzinitiative sind vor allem die Sonderforschungsbereiche (SFB) der DFG ein wichtiger Baustein qualitativ hochwertiger, extern finanzierter Forschung. Bei diesen auf bis zu zwölf Jahren angelegten Forschungsprojekten arbeiten Wissenschaftler über die Grenzen der Disziplin hinaus an einem bestimmten Thema. Durch die lange Laufzeit sollen aufwendige Forschungsprojekte ermöglicht werden, die im gewöhnlichen Universitätsbetrieb nicht möglich wären. Ausdrücklich erwünscht ist, dass auch außeruniversitäre Institutionen an den Arbeiten der SFB partizipieren. Politikwissenschaftliche Forscher sind maßgeblich beteiligt an den SFB „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit“ (2006-2017), „Staatlichkeit im Wandel“ (2003-2014), „Transzendenz und Gemeinsinn“ (2009-2014) und „Politische Ökonomie von Reformen“ (2010-2017). Zudem fördert die Leibniz-Gemeinschaft fünf politikwissenschaftliche Institutionen.¹⁰ Dennoch sollen diese Beispiele nicht darüber hinwegtäuschen, dass die großen Forschungsgemeinschaften den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften im Vergleich zu naturwissenschaftlichen Fächern verhältnismäßig wenig Beachtung schenken.

9 An folgenden Universitäten gibt es Graduiertenschulen der DFG mit einer politikwissenschaftlichen Ausrichtung: Bamberg, Bayreuth, HU Berlin, FU Berlin (2), Bielefeld, Bochum, Bremen, Mannheim und LMU München. Die Universität Frankfurt am Main beheimatet gegenwärtig das einzige politikwissenschaftliche Exzellenzcluster mit dem Namen „Die Herausbildung normativer Ordnungen“. Im Gegensatz zu den oben genannten Graduiertenschulen, die vor allem Doktoranden fördern, forschen bei Exzellenzclustern etwa 25 renommierte Wissenschaftler zu einem spezifischen Thema.

10 Diese sind das German Institute of Global and Area Studies in Hamburg (GIGA, bis 2006 „Deutsches Übersee-Institut“), die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt am Main, das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, das Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam sowie das GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften mit Standorten in Mannheim, Berlin und Köln.

Universitäten schreiben der Einwerbung von externen Geldern in finanzieller Hinsicht und aus Gründen der Reputation eine sehr hohe Bedeutung zu (Gerhards 2014). Ratings ordnen Universitäten nach der Höhe der eingeworbenen Drittmittel, und auch einzelne Wissenschaftler werden nach ihrer Fähigkeit, externe Gelder einzuwerben, bewertet. Einige Universitäten haben eine eigene Verwaltungsabteilung etabliert, um die Drittmittelbeantragung zu optimieren. Aus diesen Gründen „droht die Drittmittel-Logik immer mehr zu einem Maßstab für wissenschaftliche Leistungsfähigkeit zu werden“ (Kühl 2014: 100).

(2) Stiftungsfinanzierte Institutionen

Im Jahr 2010 existierten insgesamt 90 Privatuniversitäten in Deutschland. Allein im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts wurden 47 neue private Hochschulen gegründet. Die Anzahl der Studierenden an Privatuniversitäten wuchs in dieser Dekade um knapp 450 Prozent (Frank u. a. 2010: 19f.). In Deutschland existieren drei stiftungsfinanzierte Hochschulen, an denen das Fach Politikwissenschaft unterrichtet wird. Die Jacobs University Bremen wurde im Jahr 2001 unter dem Namen International University Bremen als erste privat finanzierte Volluniversität gegründet. Nur durch massive Kürzungen und eine umfassende Sanierung konnte im Jahr 2014 die Insolvenz abgewendet werden. Auch das Beispiel der Internationalen Hochschule für Exekutives Management in Berlin, die 2010 Insolvenz anmelden musste, zeigt eindrücklich, mit welchen Problemen Privathochschulen in Deutschland zu kämpfen haben. Das Paradebeispiel in Deutschland für eine politikwissenschaftliche Privathochschule ist die Hertie School of Governance in Berlin. Die Hertie-Stiftung unterstützte die Privathochschule seit der Gründung im Jahr 2004 bis Ende 2013 mit über 52 Millionen Euro. Im akademischen Jahr 2013/14 machten die Finanzmittel der Hertie-Stiftung mit 6,14 Millionen Euro einen Anteil von 48 Prozent des Gesamtbudgets aus. Im Jahr 2012 erhielt sie das Promotionsrecht. Für die Betreuung von insgesamt 229 Studierenden beschäftigt die Hertie School 21 Professoren. Derartig gute Betreuungsverhältnisse sind in staatlichen Universitäten nicht realisierbar. Die Zeppelin Universität in Friedrichshafen bietet ebenfalls politikwissenschaftliche Bachelor- und Masterstudiengänge und ein Promotionskolleg an.

Dem US-amerikanischen Vorbild können die Stiftungsuniversitäten jedoch weder in finanzieller noch in inhaltlicher Hinsicht das Wasser reichen. Gerade die für deutsche Verhältnisse sehr hohen Studiengebühren (ein Master an der Hertie School kostet ohne Stipendium 29.500 Euro) schrecken viele von einem Studium an einer Privatuniversität ab.

(3) Think Tanks

Wissenschaftliche Think Tanks sind Forschungseinrichtungen, „die auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse politikrelevante Probleme und Herausforderungen identifizieren und praxisorientierte Lösungen für diese entwickeln“ (Schulte 2013: 23). Sie verkörpern die Beratungsfunktion der Politikwissenschaft und dienen vor allem der Verknüpfung von Wissenschaft und Politik. Den Auswertungen von Martin Schulte zufolge gibt es in Deutschland 146 Think Tanks, von denen 76 akademischer Natur sind. Bei wissenschaftlichen Think Tanks besäßen die Grundlagenforschung, empirische Erhebungen und wissenschaftliche Studien einen mindestens gleichwertigen Stellenwert wie die praxisnahe Forschung und Politikberatung. Der jährlich erscheinende Bericht „Global Go to Think Tank“ zählt in Deutschland 194 Denkfabriken (zum Vergleich: USA 1.828, China 426, Großbritannien 287, Indien 268). Dem Bericht zufolge existieren weltweit 6.826 Think Tanks (McGann 2014: 21 f.). Allerdings unterscheiden diese Statistiken, für die zusätzlich noch ausführliche Rankings anhand von Umfragen vorgenommen werden, nicht zwischen den einzelnen Formen der Beratungsinstitutionen. Die Tatsache, dass in den USA derart viele Think Tanks bestehen, liegt sicherlich in deren langer Tradition und der engeren Verzahnung von Politik und Wissenschaft begründet. Den Lehrinhalten der Politikwissenschaft wird bis in die Gegenwart gelegentlich eine mangelnde Praxisorientierung vorgeworfen: „Anders als Wirtschaftswissenschaftler erheben Politologen nur selten den Anspruch, konkrete Lösungs- und Verbesserungsvorschläge für die Politik oder präzise Handlungsanweisungen für die Regierung parat zu haben“ (Mead 2011: 129). Allerdings hat die Anwendungsorientierung in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Mit dem relativen Bedeutungsverlust der politischen Theorie und dem Aufstieg der Policy-Forschung vergrößerte sich der Umfang der Politikberatung (Jesse/Liebold 2011: 514). Die Karriereverläufe vieler Absolventen unterstreichen, dass Beratungstätigkeiten in Parteiorganisationen oder (wissenschaftlichen) Think Tanks nicht ungewöhnlich sind. Politische Entscheidungsträger sind in einer zunehmend komplexeren politischen Großwetterlage abhängig von Beratern, die Zusammenhänge komprimiert darstellen und praktische Handlungsempfehlungen geben können.

Wie die vorherigen Ausführungen gezeigt haben, existiert momentan eine große Vielzahl an Einrichtungen jenseits der klassischen universitären Strukturen, die durch eine beachtliche Heterogenität charakterisiert ist und über die die folgende Übersicht einen orientierenden Überblick geben soll:

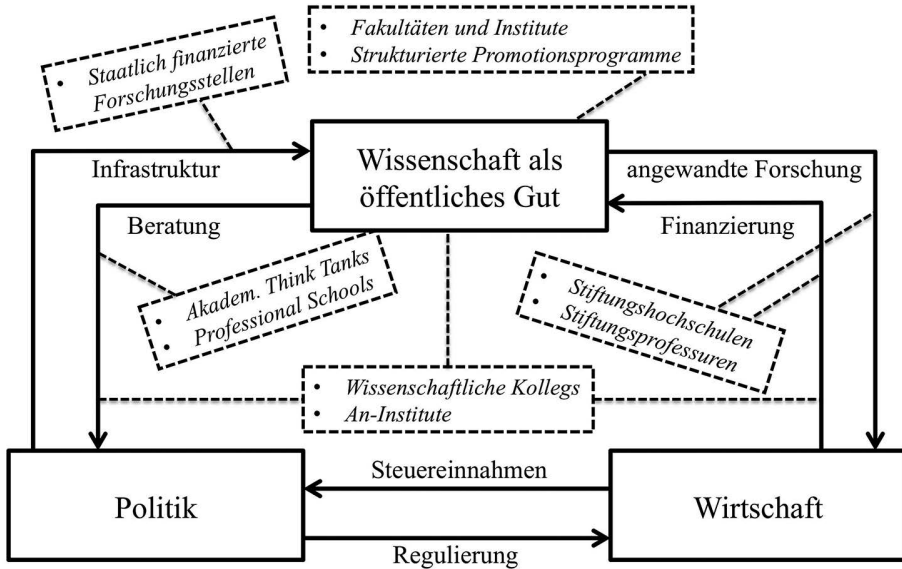
Tabelle 1: Definitionen der Einrichtungen

<p>Universitätsfinanzierung</p>	<p>Politikwissenschaftliches Institut</p> <p>Wissenschaftlicher Fachbereich einer universitären Fakultät, der Aufgaben in der Forschung, Lehre und Nachwuchsförderung übernimmt, ohne primär auf eine externe Finanzierung zurückzugreifen.</p>	<p>Strukturiertes Promotionsprogramm</p> <p>Von Universitäten angebotene und mit eher geringen Finanzvolumina ausgestattete Promotionsmöglichkeit, die interdisziplinäre Angebote und Weiterbildungsmaßnahmen zur Verbesserung des Promotionsstudiums anbietet.</p>
<p>Mischfinanzierung</p>	<p>Graduiertenkolleg/Professional School</p> <p>Untereinheit einer Universität oder eine selbstständige Institution mit Anwendungsbezug für einen spezifischen gesellschaftlichen Bereich mit einem Schwerpunkt auf der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses.</p>	<p>Wissenschaftliches Kolleg/An-Institut</p> <p>Primär auf Forschung (statt auf Lehre und Doktorandenausbildung) konzentrierte, meist extern finanzierte und oft rechtlich selbstständige Einrichtung.</p>
<p>Externe Finanzierung</p>	<p>Stiftungshochschule</p> <p>Von Stiftungen finanzierte Institution, gelegentlich mit Promotionsrecht, die sich durch eine Spezialisierung auf bestimmte Themen auszeichnet und meist nicht das gesamte wissenschaftliche Spektrum abdeckt.</p>	<p>Stiftungsprofessur</p> <p>Oft zeitlich befristeter und drittmittelfinanzierter Lehrstuhl, der von Stiftungen, Unternehmen oder staatlichen Stellen gefördert wird und an eine Hochschule angeschlossen ist.</p>
	<p>Staatlich finanzierte Forschungsstelle</p> <p>Durch staatliche Mittel (nicht durch Stiftungsgelder) geförderte Einrichtung, die auf begrenzte Zeit zu einem spezifischen Thema forscht, Doktoranden ausbildet und nicht Teil der klassischen öffentlichen Universitätsfinanzierung ist.</p>	<p>Wissenschaftlicher Think Tank</p> <p>Auf wissenschaftlichen Methoden basierende Einrichtung ohne direkten Hochschulanschluss, die politische Herausforderungen charakterisiert und Handlungsempfehlungen formuliert.</p>

3. Fazit: Chancen und Risiken

Die Heterogenität politikwissenschaftlicher Forschungs- und/oder Lehrinrichtungen in Deutschland verweist auf ein komplexes Geflecht der Politikwissenschaft im Kontext von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach einer wachsenden Abhängigkeit der Politikwissenschaft von ökonomischen Interessen sowie die damit verbundene Herausforderung, die grundsätzliche Forschungsfreiheit als hohes Gut der demokratischen Gesellschaft unter den gewandelten Rahmenbedingungen aufrecht erhalten zu müssen. Im Rahmen dieses komplexen Beziehungsgeflechts, das Richard Münch in einer Grafik visualisiert hat, können die in der zuvor entwickelten Typologie genannten Institutionen wie folgt eingeordnet werden:

Abbildung 2: Beziehung der Wissenschaft zu Wirtschaft und Politik mit einer Einordnung politikwissenschaftlicher Institutionen



Quelle: Eigene Darstellung nach Münch 2011: 90.

Die Konkurrenz zwischen den Hochschulen und der Wettbewerb um Drittmittel haben deutlich zugenommen. Obwohl das Kooperationsverbot im Bereich der Bildungspolitik jüngst etwas aufgeweicht worden ist, entscheiden im föderalen Deutschland noch immer primär die Länder über die Grundfinanzierung der Wissenschaft. Gleichwohl hat der Bund in den vergangenen Jahren durch staatliche Förderprogramme seinen Einfluss auf die Spitzenforschung erhöht. Akademische Think Tanks und Professional Schools trachten danach, beratende Tätigkeiten wahrzunehmen und damit in die politische Sphäre zu wirken. Wie groß der tatsächliche Erfolg dieser Beratung ist, lässt sich kaum valide bemessen. Schließlich „verkaufen“ Politiker Entscheidungen für gewöhnlich als ihre eigenen Ideen, anstatt eine wissenschaftliche Einrichtung als Quelle anzugeben (Perthes 2007: 119). Die Zusammenarbeit in Forschungsclustern stärkt die Interdisziplinarität. Dadurch schottet sich die Politikwissenschaft bestenfalls nicht von anderen Fächern und der Öffentlichkeit ab. Indem unter anderem die DFG und die Exzellenzinitiative länderübergreifende Vorhaben fördern und auf Hochschulkooperationen setzen, steigt die Internationalität der Forschung. Dies scheint in vielen po-

litikwissenschaftlichen Teilgebieten, vor allem in der Vergleichenden Regierungslehre, in den Internationalen Beziehungen und in der Politischen Ökonomie, unabdingbar, um weltweite Problemfelder besser verstehen zu können.

Wie die Umwandlungen zu Stiftungshochschulen verdeutlichen, wollen viele Universitäten den Einfluss des Staates verringern (Hohn 2010). Promotionskollegs, Professional Schools, wissenschaftliche Kollegs, staatliche Forschungsstellen, Stiftungshochschulen und -professuren haben zur Diversifizierung des Fachs beigetragen. Im Gegenzug resultierten die Änderungen in einer „Vermachtung“ der Wissenschaftslandschaft. Denn Förderzusagen für Projekte werden nicht nur nach Qualität und Originalität ausgewählt. Vielmehr entscheidet eine vergleichsweise geringe Anzahl an „Gatekeepern“ innerhalb der Stiftungen und staatlichen Stellen über die Förderung oder Nichtförderung eines Antrags. Darunter leidet die Transparenz der Auswahl. Abhilfe schaffen könnte ein auf den ersten Blick vielleicht paradox klingender Vorschlag, den unter anderem Hubertus Buchstein (2011) entwickelt hat: Gewisse Forschungsprojekte sollten nicht durch eine Auswahlkommission bewertet werden. Bezugnehmend auf den Gedanken der Aleatorik sollte stattdessen das Los entscheiden, welches Projekt ausgewählt wird. Hierdurch würden die außerordentlich zeitintensiven Anforderungen bei der Antragsstellung abgemildert und zugleich verhindert, dass „modische“ Forschungsfelder überproportional untersucht werden. Zugleich erhielten die beteiligten Wissenschaftler eine größere Forschungsfreiheit, was Innovationen und neue Ansätze fördern würde.

Auch wenn die Professional Schools hervorragende Promotionsbedingungen und eine zuverlässige Betreuung bieten, dürfen die Nachteile nicht verschwiegen werden. Diese Institutionen schreiben oft mehrere stipendienbasierte Doktorandenstellen zu einem sehr spezifischen Bereich aus. Häufig stehen die Verantwortlichen von Promotionskollegs vor dem Problem, nicht alle Stellen gleichermaßen qualitativ hochwertig besetzen zu können. Obwohl die vorherige Festlegung des Themas aus Sicht der Geldgeber nachvollziehbar ist, kann unter den vorbestimmten Promotionsthemen die Kreativität freier Forschung leiden. Bei Einzelpromotionen scheint diese Problematik weniger gegeben zu sein. Die direkte Anbindung an den Doktorvater erhöht zudem die Anbindung an das Institut und den universitären Alltag. Für eine wissenschaftliche Karriere wird deshalb die Lehrstuhlpromotion noch immer als erste Option erachtet (Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013: 84).

Wenn die Stimme der Politikwissenschaft im öffentlichen Diskurs Gehör finden soll, steht sie vor der Herausforderung, ihre Ausdrucksweise anzupassen, ohne dass die wissenschaftliche Präzision auf der Strecke bleibt. Oftmals werden

Studien, die sich an die Öffentlichkeit richten, als zu kompliziert oder zu ausführlich empfunden, um bei Entscheidungsträgern Gehör zu finden. Nicht nur, was die Formen, sondern auch, was die Inhalte angeht, ist Vorsicht geboten. So beurteilt Richard Münch (2011: 90) die Verzahnung zwischen Forschung und Politik kritisch: „Auf der Suche nach Kapital und Leistungspunkten reißen Wissenschaftler in der politischen Beratung die Trennzäune zwischen Wissenschaft und Politik ein, indem sie im Interesse des politischen Erfolgs die Augen vor nicht intendierten Folgen ihrer Vorschläge schließen.“ Danny Michelsen und Franz Walter (2013: 366) stoßen ins gleiche Horn: Die Politikberatung habe zu keiner qualitativen Verbesserung der politischen Entscheidungsfindung geführt. Unabhängige Empfehlungen abseits der Subjektivität seien schlicht nicht möglich. Stattdessen würden beratende Institutionen (aus-)genutzt, um unpopuläre Entscheidungen zu legitimieren und parlamentarischen Grundsatzdiskussionen aus dem Weg zu gehen.

Für diese Form von Kritik scheinen zumindest die universitär angebotenen Institutionen keine große Angriffsfläche zu bieten. Zwar intendieren Think Tanks und Forschungskollegs dazu, praxisorientierter zu arbeiten, allerdings ist die tatsächliche Relevanz ihrer Arbeiten für politische Entscheidungen in Deutschland eher gering einzuschätzen. Lobbyagenturen und Unternehmen im Bereich der Public Affairs und Public Relations haben einen deutlich höheren Einfluss auf den politischen Alltag. Solange wissenschaftliche Ergebnisse nicht von externen Akteuren beeinflusst werden, scheint die Beziehung von Politikwissenschaft und Wirtschaft nicht derart beunruhigend zu sein, wie sie oftmals eingeschätzt wird.

Besorgniserregender ist die grundsätzliche Ökonomisierung der Wissenschaft, die als Katalysator für eine vertikale Teilung des Universitätssystems wirkt. Gewisse Sparten der Politikwissenschaft werden durch Politik und Wirtschaft unter massiven Druck gesetzt, allen voran die eher praxisferne politische Theorie und Ideengeschichte (Buchstein/Fietz 2007). Bei der Förderung stehen häufig monetäre und in unmittelbarem Nutzen ausdrückbare Verwertungsinteressen der staatlichen und privaten Geldgeber im Vordergrund. Eine Erhöhung der Grundfinanzierung für bestehende Lehrstühle samt der an ihnen angestellten Mitarbeiter erscheint daher wünschenswert, wird aber künftig politisch immer schwieriger durchzusetzen sein. Der hochschulpolitische Trend weist in eine andere Richtung: So empfiehlt die Expertenkommission Forschung und Innovation (2014: 12), ein Sachverständigenrat, der die Bundesregierung in der Bildungs- und Forschungspolitik berät, nachdrücklich „eine besondere Förderung der leistungsstärksten Hochschulen“. Es ist mittlerweile nicht mehr auszuschließen, dass es in Zukunft zu Fusionen von Instituten zwischen nahe gelegenen Universitäten kommt oder

dass sogar bestehende Institute aufgrund von universitätspolitischen Sparzwängen geschlossen werden müssen. Die Auslagerung der Forschung aus den etablierten universitären Strukturen wird diese Entwicklung wahrscheinlich beschleunigen.

Wie die Recherchen für die vorliegenden Ausführungen verdeutlicht haben, fehlt es bislang an einer Übersicht aller politikwissenschaftlichen universitären und außeruniversitären Einrichtungen in Deutschland. Die DVPW und die DGfP sollten als Dachverbände darauf hinwirken, eine derartige Zusammenstellung im Internet zu veröffentlichen und regelmäßig zu aktualisieren. Dadurch ließe sich die institutionelle und thematische Vielfalt des Fachs deutlich besser herausstellen.

Die Politikwissenschaft wurde nach dem Zweiten Weltkrieg als Demokratiewissenschaft gegründet (Bleek 2001: 265 ff.). Dieser Gründungswurzeln erinnert sie sich heute zu selten. Dass die Geschichte der Politikwissenschaft als etablierte akademische Disziplin an den deutschen Universitäten nach dem Zweiten Weltkrieg sich heute im Rückblick als große Erfolgsgeschichte darstellt, hat ganz wesentlich damit zu tun, dass es das Fach stets verstanden hat, aktuelle politische Prozesse mit der eigenen Expertise zu begleiten und Grundsatzdiskussionen anzustoßen. Insofern erscheint der Rückzug in den elfenbeinernen Turm und das Verzetteln in immer spezielleren Themen gerade angesichts der schwindenden Grundfinanzierung in der deutschen Hochschullandschaft als Gefahr für die Zukunft des Faches. Die Politikwissenschaft als etablierte akademische Disziplin wird sich in den kommenden Jahrzehnten, wie alle anderen Geistes- und Gesellschaftswissenschaften auch, einem immer größeren Rechtfertigungsdruck ausgesetzt sehen. Wenn sie sich dessen bewusst wird, stehen ihre Chancen für den inner- und außeruniversitären Wettbewerb nicht schlecht.

Literatur

- Arendes, Cord*, 2005: Politikwissenschaft in Deutschland. Standorte, Studiengänge und Professorenschaft 1949-1999, Wiesbaden.
- Balzer, Axel*, 2013: Politikwissenschaftliche Lehre in der Bundesrepublik Deutschland. Angebotsentwicklung zwischen Kontinuität und Wandel. Dissertation, FU Berlin.
- Blätte, Andreas*, 2012: Der Reformdiskurs in der universitären Vermittlung angewandter Politikforschung, in: Manuela Glaab/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), Angewandte Politikforschung. Festschrift für Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld, Wiesbaden, 45-65.

- Bleek, Wilhelm*, 2001: Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland, München.
- Buchstein, Hubertus*, 2011: Der Zufall in der Forschungsförderungspolitik. Swifts „Akademie von Lagado“, in: *Forschung & Lehre* 18 (8), 596-597.
- Buchstein, Hubertus/Fietz, Stefan*, 2007: Vom Verschwinden bedroht? Politische Theorie und Ideengeschichte in der curricularen Reformfalle, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 36 (1), 67-80.
- Expertenkommission Forschung und Innovation*, 2014: Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 2014, Berlin.
- Frank, Andrea/Hieronimus, Solveigh/Killius, Nelson/Meyer-Guckel, Volker*, 2010: Rolle und Zukunft privater Hochschulen in Deutschland, Essen.
- Frank, Andrea/Winde, Mathias*, 2012: Drittmittelwettbewerb. Ein Bundesländervergleich zum Verhältnis von Dritt- zu Grundmitteln, Essen.
- Gerhards, Jürgen*, 2013: Der deutsche Sonderweg in der Messung von Forschungsleistungen, Berlin.
- Gerlach, Irene/Jesse, Eckhard/Kneuer, Marianne/Werz, Nikolaus (Hrsg.)*, 2011: Politikwissenschaft in Deutschland, Baden-Baden.
- Glaab, Manuela/Korte, Karl-Rudolf*, 2012: Angewandte Politikforschung. Konzeption und Forschungstradition, in: Manuela Glaab/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), *Angewandte Politikforschung. Festschrift für Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld*, Wiesbaden, 11-43.
- Grande, Edgar/Jansen, Dorothea/Jarren, Otfried/Rip, Arie/Schimank, Uwe/Weingart, Peter (Hrsg.)*, 2013: Neue Governance der Wissenschaft. Reorganisation – externe Anforderungen – Medialisierung, Bielefeld.
- Hartmann, Jürgen*, 2003: Geschichte der Politikwissenschaft. Grundzüge der Fachentwicklung in den USA und in Europa, Wiesbaden.
- Hochschulrektorenkonferenz*, 1996: Zum Promotionsstudium. Entschließung des 179. Plenums vom 9. Juli 1996, <http://www.hrk.de/positionen/gesamtliste-beschluesse/position/convention/zum-promotionsstudium/> (Stand: 29.12.2014).
- Hohn, Hans-Willy*, 2010: Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, in: Dagmar Simon/Andras Knie/Stefan Hornbostel (Hrsg.), *Handbuch Wissenschaftspolitik*, Wiesbaden, 457-477.
- Jesse, Eckhard/Liebold, Sebastian*, 2011: Politikwissenschaft in Deutschland. Trends, Herausforderungen, Perspektiven, in: *ZPol* 21 (3), 511-526.
- Jesse, Eckhard/Liebold, Sebastian*, 2014: Politikwissenschaftler und Politikwissenschaft in Deutschland, in: Eckhard Jesse/Sebastian Liebold (Hrsg.), *Deutsche Politikwissenschaftler – Werk und Wirkung. Von Abendroth bis Zellenin*, Baden-Baden, 9-70.

- Kellermann, Paul/Boni, Manfred/Meyer-Renschhausen, Elisabeth (Hrsg.)*, 2009: Zur Kritik europäischer Hochschulpolitik. Forschung und Lehre unter Kuratel betriebswirtschaftlicher Denkmuster, Wiesbaden.
- Klecha, Stephan/Krumbein, Wolfgang (Hrsg.)*, 2008: Die Beschäftigungssituation von wissenschaftlichem Nachwuchs, Wiesbaden.
- Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs*, 2013: Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013. Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland, Bielefeld.
- Kühl, Stefan*, 2014: Abschied von der Belohnung „guter Pläne“. Plädoyer für eine grundlegende Umstellung der Forschungsförderung, in: *Forschung & Lehre* 21 (2), 100-102.
- McGann, James G.*, 2014: Global Go To Think Tank Index & Abridged Report, Philadelphia.
- Mead, Lawrence M.*, 2011: Reformiert die Politikwissenschaft! Die Misere einer randständigen Forschungsdisziplin, in: *INDES* 1 (0), 126-137.
- Michelsen, Danny/Walter, Franz*, 2013: Unpolitische Demokratie. Zur Krise der Repräsentation, Berlin.
- Mols, Manfred*, 2008: Droht der Politikwissenschaft ein massiver Relevanzverlust? Eine Erfolgsgeschichte in den Grenzen von Spannungspunkten, in: Werner J. Patzelt/Martin Sebaldt/Uwe Kranenpohl (Hrsg.), *Res publica semper reformanda*, Wiesbaden, 27-42.
- Münch, Richard*, 2011: Akademischer Kapitalismus. Zur politischen Ökonomie der Hochschulreform, Berlin.
- Perthes, Volker*, 2007: Zwischen Hofnarr und Agenda-Setter. Über wissenschaftliche Politikberatung in der Außen- und Sicherheitspolitik, in: *Internationale Politik* 62 (Dezember), 114-123.
- Ricken, Norbert/Koller, Hans-Christoph/Keiner, Edwin (Hrsg.)*, 2014: Die Idee der Universität – revisited, Wiesbaden.
- Römmele, Andrea/Staemmler, Johannes*, 2012: Professional Schools in Deutschland. Ausdruck der funktionalen Differenzierung in der Hochschullandschaft, in: *ZPol* 22 (2), 287-299.
- Schulte, Martin*, 2013: Politik mitgestalten. Möglichkeiten wissenschaftlicher Politikberatung durch private Think Tanks, Marburg.
- Statistisches Bundesamt*, 2007-2013: Prüfungen an Hochschulen. Fachserie 11, Reihe 4,2, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt*, 2014: Mehr als 232000 Euro an Drittmitteln je Universitätsprofessor/-in im Jahr 2011. Pressemitteilung Nr. 055, <https://www.desta>

tis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2014/02/PD14_055_213.html (Stand: 29.12.2014).

Stiftung Mercator, 2012: Professional Schools an öffentlichen Hochschulen in Deutschland, https://www.stiftung-mercator.de/media/downloads/3_Publikationen/Reader_Workshop_Professional_Schools.pdf (Stand: 29.12.2014).

Wissenschaftsrat, 2010: Empfehlungen zur Differenzierung der Hochschulen, <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/10387-10.pdf> (Stand: 29.12.2014).

Wolf, Frieder/Wenzelburger, Georg, 2010: Promotionsratgeber Politikwissenschaft, Wiesbaden.

Korrespondenzanschrift:

Dr. Manuel Becker
Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Lennéstr. 25
53113 Bonn
E-Mail: manuel.becker@uni-bonn.de

Stefan Müller, B.A.
Department of Political Science
Trinity College Dublin
3 College Green
Dublin 2
Irland
E-Mail: mullers@tcd.ie

Anhang: Überblicksdarstellung der politikwissenschaftlichen Forschungs- und/oder Lehreinrichtungen in Deutschland¹¹

I. Klassische öffentliche Universitätsfinanzierung

Universitäre politikwissenschaftliche Institute

- RWTH Aachen
- Universität Augsburg
- Otto-Friedrich-Universität Bamberg
- Universität Bayreuth
- Freie Universität Berlin
- *Hertie School of Governance Berlin (Stiftungshochschule)*
- Humboldt-Universität Berlin
- Technische Universität Berlin
- Universität Bielefeld
- Ruhr-Universität Bochum
- Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
- Technische Universität Braunschweig
- *Jacobs University Bremen (Stiftungshochschule)*
- Universität Bremen
- Technische Universität Chemnitz
- Technische Universität Darmstadt
- Technische Universität Dortmund
- Technische Universität Dresden
- Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
- Universität Duisburg-Essen
- Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt
- Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
- Universität Erfurt
- Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main
- Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)
- Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
- *Zeppelin Universität Friedrichshafen (Stiftungshochschule)*
- Justus-Liebig-Universität Gießen
- Georg-August-Universität Göttingen
- Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald
- FernUniversität in Hagen
- Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- Helmut-Schmidt-Universität – Universität der Bundeswehr Hamburg
- Universität Hamburg
- Leibniz Universität Hannover

11 Die Übersicht wurde mit dem Verfahren der stetigen Annäherung auf der Basis bestehender Auflistungen erstellt. Die Darstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll lediglich als erster Überblick über die Vielfalt politikwissenschaftlicher Einrichtungen und Professuren fungieren (Stand: 31. Dezember 2014). Längerfristige Projekte, deren Förderung innerhalb des Jahres 2014 ausliefen, wurden dennoch in der Übersicht belassen. Die Institutionen wurden alphabetisch nach dem jeweiligen Standort aufgelistet.

Universitäre politikwissenschaftliche Institute (Fortsetzung)

- Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
- Universität Hildesheim
- Friedrich-Schiller-Universität Jena
- Technische Universität Kaiserslautern
- Universität Kassel
- Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
- Universität Koblenz-Landau
- Universität zu Köln
- Universität Konstanz
- Universität Leipzig
- Leuphana Universität Lüneburg
- Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
- Johannes-Gutenberg-Universität Mainz
- Universität Mannheim
- Philipps-Universität Marburg
- Ludwig-Maximilians-Universität München
- Universität der Bundeswehr München
- Westfälische Wilhelms-Universität Münster
- Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
- Universität Osnabrück
- Universität Passau
- Universität Potsdam
- Universität Regensburg
- Universität Rostock
- Universität Siegen
- Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer
- Universität Stuttgart
- Universität Trier
- Eberhard-Karls-Universität Tübingen
- Hochschule Vechta
- Universität Witten-Herdecke
- Justus-Maximilians-Universität Würzburg
- Bergische Universität Wuppertal

Strukturierte Promotionsprogramme

- **Graduate School of Global Politics** (FU Berlin, diverse internationale Universitäten, Teil der Dahlem Research School)
- **Humboldt Center for Social and Political Research** (HU Berlin)
- **Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik** (Bochum)
- **Graduiertenkollegs Bildung, Migration, Nachhaltigkeit** (Eichstätt-Ingolstadt)
- **Bayerisches Promotionskolleg Politische Theorie** (Eichstätt-Ingolstadt, Erlangen-Nürnberg, Passau, Regensburg)
- **Gießener Graduiertenzentrum Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften** (Gießen)
- **Göttinger Graduiertenschule Gesellschaftswissenschaften** (Göttingen)
- **Cologne Graduate School in Management, Economics and Social Sciences** (Köln)
- **Promotionskolleg Politikwissenschaft** (Lüneburg)
- **Graduate School of Politics** (Münster)
- **Graduate School of Law, Economics, and Society** (Würzburg)

Laufende Juniorprofessuren¹²

- **Kocra Assoua** (Bayreuth; Entwicklungspolitik und Politik Afrikas, seit 2009)
- **Nicole Rae Baerg*** (Mannheim; Internationale Organisationen, seit 2013)
- **Andreas Blätte** (Duisburg-Essen; zugl. Stiftungsprofessur, seit 2009)
- **Annelies Blom*** (Mannheim; Methoden der Empirischen Sozialforschung, insb. Internet Panel Surveys, seit 2012)
- **Falk Daviter** (Potsdam; Verwaltung und Policy, seit 2010)
- **Thomas Demmelhuber** (Hildesheim; Politikwissenschaft, seit 2012)
- **Thomas Dietz** (Münster; Politik und Recht, seit 2013)
- **Marcus Dittrich*** (Chemnitz; Europäische Wirtschaft, seit 2009)
- **Michael Dobbins*** (Frankfurt am Main; Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Policy Analyse, Bildungspolitik, seit 2013)
- **Sebastian Elischer** (Lüneburg; Vergleichende Politikwissenschaft, seit 2012)
- **Andreas Eis** (Oldenburg; Politische Bildung, Lern- und Unterrichtsforschung, seit 2011)
- **Daniel Finke** (Heidelberg; Analytical Political Economy, seit 2008)
- **Philipp Harfst** (Greifswald; Methoden der Politikwissenschaft, Politisches System der BRD, seit 2008)
- **Eike-Christian Hornig** (Gießen; Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Demokratie- und Demokratisierungsforschung, seit 2012)
- **Eva G. Heidbreder*** (Düsseldorf; Politikwissenschaft, Europäische Integration, seit 2012)
- **John Kannankulam** (Marburg; Politische Ökonomie und Europäische Integration, seit 2009)
- **Tobias Lenz*** (Göttingen; Globales Regieren und Komparative Regionalismusforschung, seit 2013)
- **Nikolay Marinov** (Mannheim; Empirische Demokratieforschung, seit 2013)
- **Karsten Mause** (Münster; Politikwissenschaft, insb. Politische Ökonomie, seit 2012)
- **Monika Oberle** (Göttingen; Politikwissenschaft/Didaktik der Politik, seit 2011)

¹² Der Stern (*) hinter den Namen von Wissenschaftler/innen bedeutet, dass die Person nicht im Hochschullehrerverzeichnis 2014 aufgeführt ist, aber dennoch zumindest nach dem persönlichen Webauftritt aktuell eine Juniorprofessur innehat.

Laufende Juniorprofessuren (Fortsetzung)

- **Solveig Richter** (Erfurt; Internationales Konfliktmanagement an der Willy Brandt School of Public Policy, seit 2013)
- **Ariadna Ripoll Servent*** (Bamberg, Politikwissenschaft, insb. Europäische Integration, seit 2013)
- **Bernd Schlipphak** (Münster; Empirische Sozialforschung, seit 2013)
- **Helen Schwenken** (Kassel; Politik der Arbeitsmigration, seit 2011)
- **Carina Sprungk** (FU Berlin; Europäische Integration, seit 2009)
- **Jale Tosun*** (Heidelberg; International Comparative Political Economy, seit 2013)
- **Jörg Tremmel** (Tübingen; Generationengerechte Politik, seit NN)
- **Lora Anne Viola*** (FU Berlin; Außen- und Sicherheitspolitik, seit 2010)
- **Christian Volk*** (Trier; Politische Theorie und Ideengeschichte, seit 2012)
- **Nikoleta Yordanova** (Mannheim; Europäische Politik, seit 2012)

II. Mischfinanzierung

Professional Schools/Graduiertenkollegs

Professional Schools

- **Humboldt-Viadrina School of Governance** (HU Berlin und Frankfurt (Oder), gegründet 2003, 2014 Insolvenz angemeldet)
- **NRW School of Governance** (Duisburg-Essen, gegründet 2006)
- **Willy Brandt School of Public Policy** (Erfurt, gegründet 2002)

Graduiertenkollegs

- **Berlin Graduate School of Transnational Studies** (FU Berlin, Hertie School of Governance, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung; u. a. BMBF, DAAD, DFG, Hertie Stiftung; Teil der Dahlem Research School)
- **Promotionskolleg „Steuer- und Sozialpolitik bei wachsender Ungleichheit“** (FU Berlin; Hans-Böckler-Stiftung, seit 2013)
- **Promotionskolleg „Demokratie in Europa“** (Chemnitz, Erlangen-Nürnberg, Passau; Hanns-Seidel-Stiftung, seit 2013)
- **Promotionskolleg „Medienpolitik im internationalen Vergleich“** (Chemnitz; Hanns-Seidel-Stiftung, seit 2011)
- **Global Social Policies and Governance** (Kassel; 2007–2011 Hans-Böckler-Stiftung, seit 2011 finanziert durch DAAD und BMBF)
- **Promotionskolleg „Demokratie und Kapitalismus“** (Siegen; Rosa-Luxemburg-Stiftung, seit 2009)
- **Promotionskolleg für „International-vergleichende Forschung zu Bildung und Bildungspolitik im Wohlfahrtsstaat“** (Tübingen; Hans-Böckler-Stiftung, seit 2009)
- **Promotionskolleg „Soziale Marktwirtschaft“** (diverse Universitäten; Konrad-Adenauer-Stiftung, seit 2010)

Wissenschaftliche Kollegs und An-Institute

- Europäisches Forum für Migrationsstudien (Bamberg, gegründet 1993)
- **Institut für Europäische Politik** (Berlin, gegründet 1959)
- **Jacques Delors Institut** (Berlin, gegründet 2014)
- **Macenta-Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft** (Berlin, gegründet 1997, bis 2013 An-Institut der HU Berlin)
- **Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik** (Bonn, gegründet 2011)
- **Bonn International Center for Conversion** (Bonn, gegründet 1994)
- **Zentrum für Entwicklungsforschung** (Bonn, gegründet 1995)
- **Zentrum für Europäische Integrationsforschung** (Bonn, gegründet 1995)
- **Forschungsstelle Osteuropa** (Bremen, gegründet 1982)
- **Zentrum für Sozialpolitik** (Bremen, gegründet 1988)
- **Deutsches Institut für Sachunmittelbare Demokratie** (Dresden, gegründet 2004)
- **Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung** (Dresden, gegründet 1993)
- **Institut für Internationales Parteienrecht und Parteienforschung** (Düsseldorf, gegründet 1991)
- **Max-Weber-Kolleg** (Erfurt, gegründet 1998)
- **Interdisziplinäres Zentrum für Ostasienstudien** (Frankfurt am Main, gegründet 2008)
- **Zentrum für interdisziplinäre Afrikaforschung** (Frankfurt am Main, gegründet 2003)
- **Zentrum für Nordamerika-Forschung** (Frankfurt am Main, gegründet 1979)
- **Arnold-Bergstraesser-Institut** (Freiburg, gegründet 1960)
- **Göttinger Institut für Demokratieforschung** (Göttingen, gegründet 2010)
- **Institute for European Integration** (Hamburg, gegründet 1978)
- **Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik** (Hamburg; Träger: Hansestadt Hamburg, gegründet 1971)
- **Institut für Sicherheitspolitik** (Kiel, gegründet 1983)
- **Institut für Wirtschaftspolitik** (Köln, gegründet 1950)
- **Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung** (Mannheim, seit 1989)
- **Centrum für angewandte Politikforschung** (München, gegründet 1995)
- **Hochschule für Politik München** (gegründet 1950, seit 2014 angesiedelt an der TU München, davor LMU München)
- **Centre for Europeanisation and Transnational Regulation** (Oldenburg, seit 2008)
- **Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien** (Osnabrück, gegründet 1991)
- **Jean Monnet Centre of Excellence in European Studies** (Osnabrück, gegründet 2007)
- **Zentrum für Demokratie- und Friedensforschung** (Osnabrück, gegründet 2011)
- **Potsdam Centrum für Politik und Management** (Potsdam, gegründet 2005)

III. Externe Finanzierung

Staatlich finanzierte Forschungsstellen¹³

- **Bamberg Graduate School of Social Sciences** (gegründet 2010, Exzellenzinitiative, Graduiertenschule, 2012–2017)
- **Bayreuth Internationale Graduiertenschule für Afrikastudien** (Exzellenzinitiative, Graduiertenschule, 2007–2017)
- **Berlin Graduate School of Social Sciences** (HU Berlin; Exzellenzinitiative, Graduiertenschule, 2007–2014)
- **Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften** (Staatsvertrag zwischen Berlin und Brandenburg, gegründet 1992)
- **Graduiertenschule für Nordamerikastudien** (FU Berlin; Exzellenzinitiative, Graduiertenschule, 2006–2017)
- **Graduiertenschule für Ostasienstudien** (FU Berlin, diverse internationale Universitäten, Teil der Dahlem Research School; Exzellenzinitiative, 2012–2017)
- **SFB 700 „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit“** (FU Berlin, Nijmegen, Potsdam, Auswärtiges Amt, GIGA, SWP, WZB; DFG-Sonderforschungsbereich, 2006–2017)
- **Bielefeld Graduate School in History and Society** (Exzellenzinitiative, Graduiertenschule, 2007–2017)
- **Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung** (Leibniz-Gemeinschaft, seit 1969)
- **RUB Research School** (Bochum; teilweise DFG, 2006–2017)
- **Bremen International Graduate School of Social Sciences** (Kooperation von Jacobs University und Universität Bremen; 2002 durch Volkswagen-Stiftung gegründet, Exzellenzinitiative, 2008–2017)
- **SFB 597 „Staatlichkeit im Wandel“** (Bremen, 2003–2014)
- **SFB 804 „Transzendenz und Gemeinsinn“** (Dresden, São Paulo, Turin, Zürich; DFG-Sonderforschungsbereich, 2009–2014)
- **Centre for Global Cooperation Research** (Duisburg-Essen; Käthe Hamburger Kolleg, 2012–2018)
- **Exzellenzcluster „Die Herausbildung normativer Ordnungen“** (Frankfurt am Main, Darmstadt, Heidelberg, Bamako; Exzellenzinitiative, 2007–2017)
- **Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung** (Frankfurt am Main; Leibniz-Gemeinschaft, gegründet 1970)
- **GIGA German Institute of Global and Area Studies** (Hamburg; Leibniz-Gemeinschaft, seit 2006, 1964–2006: „Deutsches Übersee-Institut“)
- **Politikperformanz autokratischer und demokratischer Regime** (Heidelberg; Landesgraduiertenförderung Baden-Württemberg, seit 2013)
- **Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung** (Köln; Max-Planck-Gesellschaft, gegründet 1985)
- **Bruchzonen der Globalisierung** (Leipzig; DFG-Graduiertenkolleg, 2006–2015)
- **GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften** (Mannheim, Köln, Berlin; Leibniz-Gemeinschaft, seit 1986)
- **Graduiertenschule in Wirtschafts- und Sozialwissenschaften: Empirische und quantitative Methoden** (Mannheim; Exzellenzinitiative, 2006–2017)
- **SFB 884 „Politische Ökonomie von Reformen“** (Mannheim, Wien; DFG-Sonderforschungsbereich, 2010–2017)
- **Deutsch-Polnisches Promotionskolleg: Polen und Deutschland im modernen Europa** (LMU München; DAAD u.a., seit 2011)

13 Bei den staatlich finanzierten Forschungsstellen wurden die bislang zugesicherten Förderzeiträume angegeben. In vielen Fällen ist eine Verlängerung möglich.

Staatlich finanzierte Forschungsstellen (Fortsetzung)

- **Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien** (LMU München, Regensburg; Exzellenzinitiative, 2012–2017)
- **Combating Poverty in Europe** (Oldenburg; EU-Kommission, 2012–2015)
- **Zentrum für Zeithistorische Forschung** (Potsdam; gegründet 1996, seit 2009 Leibniz-Gemeinschaft)

Stiftungshochschulen

- Hertie School of Governance Berlin
- Jacobs University Bremen
- Zeppelin Universität Friedrichshafen

Stiftungsprofessuren

- **Jean Monnet Professur** (Carina Sprungk (zugl. Juniorprofessur); FU Berlin; EU-Kommission)
- **Henry-Kissinger Stiftungsprofessur für Governance und internationale Sicherheit** (James D. Bindenagel; Bonn; Auswärtiges Amt und Verteidigungsministerium)
- **Stiftungsprofessur „Wissenschaftsforschung und Politik“** (Bonn; Stiftung Mercator)
- **Gastprofessur für Politikmanagement** (Duisburg-Essen; Stiftung Mercator)
- **Jean Monnet Lehrstuhl für Europäische Integration und Europapolitik** (Michael Kaeding; Duisburg-Essen; EU-Kommission)
- **Juniorprofessur für Politikwissenschaft der Stiftung Zukunft NRW** (Andreas Blätte; Duisburg-Essen; Stiftung Zukunft NRW)
- **Stiftungsprofessur für Ethik in Politikmanagement und Gesellschaft** (Christoph Bieber; Duisburg-Essen; Stiftung Mercator)
- **Franz Haniel Chair for Public Policy** (Florian Hoffmann; Erfurt; Haniel-Stiftung)
- **Stiftungsprofessur für Internationale Wirtschaftstheorie und -politik** (Friedrichshafen; Zeppelin GmbH)
- **Jean Monnet Lehrstuhl für Europäische Politik** (Wolfgang Wessels; Köln; EU-Kommission)
- **Stiftungsdozentur des US-amerikanischen Generalkonsulats, München, für transatlantische Beziehungen** (HfP München; US-amerikanisches Generalkonsulat)
- **Stiftungsdozentur Politische Ökologie** (HfP München; Schweisfurth-Stiftung)
- **Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Politik** (Daniel Göler; Passau; EU-Kommission)
- **Jean Monnet Lehrstuhl für European Politics** (Hans J. Lietzmann; Wuppertal; EU-Kommission)